Tagblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50 durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 15 Pfg., für Vereine und Behörden 20 Pfg. Unterm Strich (Zeilen) 3 Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1894.

Knaben- Joppen, Mäntel, Anzüge, Beinkleider.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Das feinste Aroma hat gerösteter Karlsbader-Kaffee! Höchster Extractgehalt!
Max Thürmer, Dresden, Kaulbach-Strasse 18.

Anton Müller, Buchbindermeister
Lüttichaustr. 19 DRESDEN Lüttichaustr. 19
Specialität: Massen-Arbeiten.
Bedienung prompt. Preise billig.
Fernsprecher Amt III, Nr. 3717.

MATTONI's GIESSHÜBLER säuerlicher alkalischer SAUERBRUNN
Hauptniederlagen in Dresden: MOHRENAPOTHEKE, Pirnaischer Platz, WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11, KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

Gesangbücher
in reicher Auswahl von 1 Mk. 50 Pf. an,
Poesie-Album, Schultaschen, Ranzen, passende Confirmanden-Geschenke in Schmuckkästchen, Armbänder, Kreuze, Collier, Ringe, Ohrringe, Brochen, Uhrketten, Taschentücher etc. etc. empfiehlt
C. A. Bochmann, Dresden-N., Hauptstrasse 25.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16, gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 32. Spiegel: Opposition gegen die Steuerreform. Anarchisten in der französischen Kammer. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Diebesunsicherheit. Circus Busch. Handwerkerverein. Wittwenverein. Gerichtsverhandlungen. „Paulus". **Donnerstag, 1. Februar.**

Hierdurch bringen wir zur Kenntniß, daß das k. und k. österreichisch-ungarische Ministerium in Wien den Debit der „Dresdner Nachrichten" in **Oesterreich-Ungarn wieder genehmigt** hat. Somit nehmen alle kaiserlichen Postämter der

Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie

Bestellungen auf die

„Dresdner Nachrichten"

an. Der Bezugspreis beträgt für die

Monate Februar und März
1 Gulden 69 Kreuzer

ohne Bestellgebühr.

Die Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Politisches.

Graf Caprivi ist bei Beginn der ersten Lesung der Reichsfinanzreform wieder im Reichstag erschienen, nachdem er demselben während der Berathung der Steuervorlagen ferngeblieben war. Als stummer Beobachter hat der Reichskanzler Gelegenheit gehabt, die Wahrnehmung zu machen, daß dieselbe Mehrheit, die gegen die Militärvorlage opponirte und die Reichstagsauflösung erzwang, aber für die Fortführung seiner Handelsvertragspolitik eintrat, heute die Kerntruppe der Opposition gegenüber der Reichsfinanzreform bildet. Es ist doch sicher nicht ein bloßer Zufall, daß die dreifache Demokratie der rothen, der goldenen und der schwarzen Internationale die Heeres- und die Finanzreform verwirft, die Handelsverträge dagegen annimmt. Sollte die wahre Ursache hierfür nicht darin zu suchen sein, daß die Verstärkung der Armee und die feste Regelung des Finanzwesens des Reiches Forderungen sind, für die in erster Linie nationale Interessen in Frage kommen, während es sich bei der Caprivischen Handelsvertragspolitik um eine internationale Angelegenheit handelt, deren Werth für die nationale Wohlfahrt von den meisten Vertretern der streng nationalen Parteien bezweifelt wird? Das Trifolium Richter-Lieber-Singer arbeitet bewußt oder unbewußt von jeher gegen Alles, was den Reichsgedanken stärken und fördern und die partikularistischen Strömungen eindämmen soll. Vielleicht dämmert in dem Reichskanzler nachträglich noch die Erkenntniß auf, daß es für die vaterländischen Interessen doch gedeihlicher gewesen wäre, auf die Fortführung einer volkswirthschaftlichen Politik zu verzichten, deren Träger im Reichstage von seinem großen Vorgänger als offene oder geheime Reichsfeinde charakterisirt wurden.

Zu dem demokratischen Mußpreußen Lieber und dem Mann aus Putzig, den am Montag sein ehemaliger Fraktionsgenosse Miquel in seiner Rede nicht gerade sehr sanft auf die Schulter geklopft hat, gesellten sich vorgestern der professionelle Reichsnörgler Richter, der Sozialdemokrat Schippel und der „Genosse" Ahlwardts, der Abg. Förster, der seines Protektors Geschäfte besorgt, so lange der Vertreter von Friedeberg-Arnswalde gezwungen ist, seine Missethaten hinter den Mauern von Plötzensee zu verbüßen. Die Einwände des freisinnigen Volkstribunen gegen die Reichsfinanzreform waren in der Hauptsache nichts Anderes als die Ausführungen der Leitartikel der „Freis. Ztg.". Bemerkenswerth ist in der Richterschen Rede lediglich das heiße Bemühen, die Bundesgenossenschaft des Centrums in der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Miquelschen Finanzpläne zu sichern und sich die persönliche Gunst der Ultramontanen zu bewahren. Das Letztere ist erklärlich. Denn Eugen Richter ist nur auf den Krücken des Centrums in den Reichstag gehumpelt und es muß ihm um so mehr daran liegen, sich auch für die Zukunft die klerikale Unterstützung zu erhalten, als die ultramontanen Demokraten im Wahlkreise Hagen kürzlich rebellisch zu werden drohten. Der ganze erste Theil der Richterschen Rede war der Ausdruck der lebhaften Freude und Genugthuung, die der Vasall des Dr. Lieber darüber empfindet, daß, wie er sich ausdrückt, das süße Flötenspiel des Finanzministers nicht vermocht habe, die Herren vom Centrum in den Berg der Finanzreform zu locken. Der Mann, der so gern gegen jeglichen Servilismus zu Felde zieht und sich so oft mit seinem unbeugsamen Mannesstolz brüstet, erging sich in kriechenden Lobeserhebungen, daß sich die süddeutschen Ultramontanen nicht für die Vorlage hätten gewinnen lassen und daß die Centrumspartei so zahlreich zur Stelle sei, um die Finanzreform zu Fall zu bringen.

Unter den Freunden der Vorlage zeichnete sich besonders der nationalliberale Abg. Hammacher durch den patriotischen Schwung seiner Darlegungen aus. Ein Theil seiner Freunde, so erklärte er, habe Bedenken gegen gewisse Einzelheiten, über die aber die Regierung mit sich sprechen lassen wolle; ein anderer Theil hege Bedenken gegen den gegenwärtigen Zeitpunkt, den er selbst für geeignet halte zu der Reform; grundsätzliche Bedenken habe Niemand in seiner Partei. Jedenfalls müsse der Finanznoth des Reiches und der Einzelstaaten ein Ende gemacht werden. In seiner weiteren Rede entwickelte Herr Hammacher nach dem Parlamentsberichte der „Tägl. Rdsch." einen ganz ungewöhnlichen, sich stetig steigernden Eifer. Er sprach mit volltönender Stimme, unter vielen Bewegungen und äußerst rasch. Sein Gesicht färbte sich dunkel, und wiederholt trocknete er sich mit dem Tuch die hohe Stirn und nahm einen Schluck Wasser. Der Schwung, die Kraft und das Feuer seiner Rede waren staunenswerth bei einem Manne von 70 Jahren und erinnerten lebhaft an die jugendliche Leidenschaft, die in den Reden des weißhaarigen Herrn v. Kleist-Retzow früher zu Tage trat. Die Minister Miquel und Bötticher hörten stehend ihm zu, als er zuletzt voll patriotischer Gluth den Reichstag ermahnte, die einmal bewilligten Ausgaben auch zu decken und mit Eifer und gutem Willen mitzuarbeiten an der Lösung der schwebenden Fragen. „Mehr wie durch irgend etwas Anderes", rief er am Schluß seiner Rede aus, „wird das Ansehen des Reichstages beim deutschen Volke sinken, wenn wir auch nur den Schein erweckten, als ob es uns an dem nöthigen Ernste fehlte, die Mittel für die Ausgaben des Reiches aufzubringen, die der Reichstag selbst votirt hat. Ich hoffe, daß wir bei der Berathung des gegenwärtigen Gesetzes ebenso wie der einzelnen Finanzgesetze, die uns jetzt vorliegen, mit gutem Willen und dem ehrlichen Streben vorgehen, um das zu thun, was den Interessen des Deutschen Reiches und dem Ansehen des Reiches und des deutschen Volkes entspricht."

Die Führer der Sozialdemokratie in Deutschland, die sich seit dem Fortfalle des Sozialistengesetzes möglichst zahm und sittsam geberden um nicht wieder die unbequeme Zwangsjacke desselben anziehen zu müssen, haben sich in letzter Zeit krampfhaft bemüht, die etwas voreiligen Anarchisten von den Rockschößen zu schütteln. In Wahrheit ist das nur opportunistische Heuchelei. Denn wenn einmal der von ihnen sehnlichst erhoffte Kladderadatsch wirklich eintreten sollte, so würde es keine getreueren Brüder geben als Anarchisten und Sozialdemokraten. Die Solidarität dieser beiden Gruppen der internationalen Revolutionspartei wird recht hübsch durch die skandalösen Zwischenfälle illustrirt, die sich vor wenigen Tagen in der französischen Deputirtenkammer abgespielt haben. Der sozialistische Dichter-Deputirte und Revolverheld Clovis Hugues interpellirte den Minister des Innern über die Beeinträchtigung der individuellen Freiheiten, die durch die Verfolgung der unschuldigen Anarchisten erfolge. Hugues verherrlichte die „Unglücklichen, welche vor lauter Elend vergessen, was das Leben ihrer Mitmenschen werth ist, und aus Verzweiflung zerstören". Im Laufe der Debatte ergriff dann der Abg. Chaudey das Wort. Er ist der Sohn von Gustave Chaudey, der unter der Commune die Schreckensherrschaft tapfer bekämpfte und dafür im Gefängniß Saint-Pélagie auf Befehl von Raoul Rigault erschossen wurde. „Wie wagen nur", rief er, „die Herren Clovis Hugues und Genossen von Freiheit zu sprechen? Jules Guesde warf sich noch vor wenigen Tagen im „Matin" zum Rächer der Commune auf. Wer die Commune zu vertheidigen wagt, der begiebt sich des Rechts, gegen die Beeinträchtigung der individuellen Freiheit die Stimme zu erheben." Während dieser Rede erhob sich Thivrier, jener sozialdemokratische Narr, der jedes Mal, bevor er das Palais Bourbon betritt, sich in das theatralische Kostüm einer Arbeiterblouse wirft, und brachte fortgesetzt Hochrufe auf die Commune aus. Die Kammer beschloß in Folge dessen, den Störenfried auf vierzehn Tage von den Sitzungen auszuschließen. Die ganze sozialdemokratische Partei erklärte hierauf ihr Einverständniß mit Thivrier und stimmte begeistert in die Hochrufe auf die Commune ein. Der Excommunarde Dr. Vaillant betonte seine Solidarität mit den Canaillen der Commune und verlangte, daß die Censur auch ihn und alle anderen Sozialisten treffe, welche aus Herzensgrund „Vive la Commune!" schrieen. Die größte Ehre, die ihm selbst zu Theil geworden, habe in seiner Ernennung zum Communemitglied bestanden, und so oft man die Commune und die Communarden angreife, fühle er sich persönlich beleidigt. Um das Werk der Commune fortzusetzen, hätten seine Wähler ihn in die Kammer geschickt, wo man so verblendet sei, die Commune zu schmähen, der allein Frankreich den Fortbestand der Republik verdanke. „Aber die Republik besteht heute nur dem Namen nach, und wir, die Communarden, die Sozialisten, die Revolutionäre werden jene Republik, die wir im Jahre 1871 retteten, im Geist und in der Wahrheit gründen." Wiederholter Beifall seitens der Sozialdemokraten folgte diesen Worten. Da sich Thivrier nicht aus dem Saale entfernen wollte, mußte er schließlich mit militärischer Gewalt an die Luft gesetzt werden. Diese Vorfälle sind lehrreich und sollten Denen die Augen öffnen, die wähnen, daß die Führer der Sozialdemokraten, gleichviel ob die deutschen oder die französischen, sich jemals zu friedliebenden, ehrsamen Philistern entwickeln werden, wenn man ihrem Treiben mit verschränkten Händen zuschaue und sie unbeschränkt gewähren lasse. Wie die Genossen in Frankreich haben auch die Bebel und Liebknecht einst den Mordgesellen der Pariser Commune begeisterte Loblieder gesungen. Sie nehmen heute die Maske friedfertiger Reformatoren nur vor das Gesicht, um umso kräftiger für die revolutionären Ideen, die sie vorbildlich in den Gräuelthaten der Commune verwirklicht sehen, Propaganda machen zu können.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 31. Januar.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Gesetzentwurf betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die anderweite Aenderung des Finanzwesens des Reichs wird fortgesetzt. Abg. Dr. v. Frege (kons.) will als Mitglied einer Landesvertretung Zeugniß für die Nothwendigkeit einer finanziellen Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten. Er bedauert, daß diese Vorlage nicht vor den Steuervorlagen berathen worden ist, wie es der Präsident i. J. angeregt und er (Redner) befürwortet hatte. Die Vorlage sei auch von hoher politischer Bedeutung. Preußen werde sich noch viel eher aus der finanziellen Kalamität ziehen können, als eine Anzahl kleiner, aber somit recht lebensfähiger Staaten. Von einer Ueberlastung mit indirekten Steuern kann keine Rede sein, dagegen können die direkten Steuern nicht weiter angespannt werden, da sie in erster Linie die Mittelklassen belasten; diese Erfahrung haben wir schon längst in Sachsen gemacht. Wird die Vorlage abgelehnt, dann sind die Einzelstaaten vor die ernste Frage gestellt, ob die Entlastung der unteren Klassen von direkten Steuern weiter aufrecht erhalten werden kann. Im Reichsetat läßt sich kaum noch etwas sparen, nachdem schon allenthalben Abstriche gemacht sind. Als indirekte Steuern, welche nicht den armen Mann, sondern den wohlhabenden treffen, nannte der Redner sodann die Zeitungssteuer, ein Monopol für Sprengstoffe aller Art, Rohspiritusmonopole u. s. w. Zu den Luxussteuern gehört zweifellos die Tabakfabrikatssteuer. Man verlangt es im Volke nicht, daß die theuere Cigarre des Kommerzienrathes dieselbe Steuer tragen soll, wie die Pfeife des armen Mannes. Einen Fehler hat die Regierung allerdings damit gemacht, daß sie nicht gleich im Sommer die Deckungsfrage mit erledigte. Sollte man auch jetzt hier rathlos auseinandergehen, dann würde nichts Anderes übrig bleiben, als sich in Friedrichsruh Rath zu holen. (Präsident v. Levetzow ruft den Abg. Dr. Frege nachträglich zur Ordnung, weil dieser in einer Polemik gegen den Abg. Richter den letzteren als finanztechnischen Jongleur bezeichnet hatte.) — Staatssekretär Graf v. Posadowski: Fürst Bismarck hat schon 1879 gesagt: „Wir müssen nach Verminderung der Matrikularbeiträge streben und, wenn es sein kann, nach deren Abschaffung." Bezüglich der Erhaltung der Franckensteinischen Klausel stimmen wir mit dem Centrum überein. Nach der feierlichen Erklärung des Abgeordneten Dr. Lieber hoffe ich noch immer auf eine Einigung mit dem Centrum. Glaubt Herr Richter denn nicht, wir würden die ungeheuren Summen für Militär und Marine nicht viel lieber für Kunst und Wissenschaft verwenden? (Abg. Richter ruft: Nein.) Geben Sie uns die glückliche Lage Frankreichs, die isolirte Lage Englands und der Militäretat wird sofort eingeschränkt werden. Herr Richter beruft sich auf die Einnahme-Berechnungen des Herrn Freiherrn von Maltzahn in der Militärkommission als auf eine Art Dogma. Wenn Sie doch ebenso günstig von anderen Meinungsäußerungen der Regierung denken wollten! Der Staatssekretär führt dann aus, daß die Maltzahnsche Berechnung der in den nächsten Jahren zu erwartenden Steigerung der Zoll- und Steuereinnahmen zu optimistisch gewesen sei. Damals habe auch Herr Richter die finanzielle Lage für ungünstiger angesehen als Herr von Maltzahn. Wenn Herr Richter von einer Zopfwirthschaft spricht, so kann man doch bezweifeln, daß die wechselnde Parlamentsmajorität eine bessere Garantie für eine geordnete Finanzwirthschaft giebt, als wie z. B. der absolutistische preußische Staat gegeben hat. (Abg. Richter ruft: Hört, hört!) Daß das Ausgabebewilligungsrecht für den Reichstag das Wichtigste ist, hat schon Fürst Bismarck 1877 an dieser Stelle gesagt. Auch die einzelnen Landtage erhalten durch diese Finanzreform in Bezug auf die Aufstellung ihres Etats eine größere Selbstständigkeit. Wenn Sie auch die Vorlage in der Kommission begraben, ich versichere Sie, Sie begraben einen schönen Todten. Wir sind überzeugt, eine Sache zu wollen, die schließlich durch ihr eigenes Gewicht siegen wird. Abg. Schädler (Centr.): Der Schatzsekretär meinte gestern, den Bayern werde die Tabaksteuer lieber sein als die Biersteuer. Der Autorität der Regierung würde es nicht dienlich sein, wenn sie jetzt, nachdem sie im Sommer darauf verzichtete, mit der Biersteuer kommen wollte. Sollte es dennoch geschehen, dann könnte es kommen, daß abermals ein süddeutsches Bundesrathsmitglied dem Beispiel seines württembergischen Kollegen folgend, nicht nur im Bundesrathe, sondern auch hier im Reichstage die Interessen seines Landes wahren würde. Das gesammte Centrum steht geschlossen auf dem Boden der von Dr. Lieber gegebenen Erklärung. Wir sind alle darin einig: die Last muß den Leistungsfähigen auferlegt werden. In der Reform steckt eine Steuervermehrung und dazu ist die Zeit nicht angethan. In der Falle der Maltzahnschen Berechnung steht Regierung gegen Regierung, da kann leicht der Glaube entstehen, daß die Ziffern je nach Bedarf aufgestellt werden. Bei solchen Unterschieden in den Berechnungen müssen wir doppelt vorsichtig sein. Wir wollen keine Steuern auf Vorrath, zumal Militärvorlagen sich periodisch zu wiederholen scheinen. Herr Miquel meint zwar, wir wären damit im Wesentlichen zu Ende, aber „die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." (Rufe links: Mir auch! Heiterkeit.) Die Finanzverhältnisse sind doch nur durch die Regierung mit ihren ewigen Forderungen gestört worden, sie hat auch die Verantwortlichkeit dafür, wenn ein Theil der Mehrkosten auf die Matrikularbeiträge gelegt werden muß. Wir sind hier nicht dazu da, die Geschäfte der Einzelstaaten zu besorgen, wir müssen sparsam sein und vor Allem im Militär- und Marineetat Abstriche machen. — Abg. Bötticher (nat.-lib.): Die Abgg. Bachem und Schädler vom Centrum bestreiten hauptsächlich die Opportunität der Finanzreform im gegenwärtigen Augenblick, aber dieser Augenblick ist nicht gewählt, sondern durch die Verhältnisse aufgezwungen. Die Franckensteinsche Klausel wird durch die Finanzreform erst zur Wahrheit gemacht. Das Verhältniß der direkten zu den indirekten Steuern hat sich keineswegs zu Ungunsten der letzteren verschoben. Die Weinsteuer ist durchaus populär. Die kleinen Staaten können die Matrikularbeiträge allerdings ertragen. Wer gegen die Vorlage stimmt, setzt sich mit dem föderalistischen Prinzip des Reiches in Widerspruch. — Abg. Freiherr v. Stumm (Rp.) tritt für die Vorlage ein. Eine weitere Erhöhung der direkten Steuern sei nicht angängig, die Aufbringung der zur Ausgabedeckung erforderlichen Mittel müsse daher auf dem Wege indirekter Steuern erfolgen. Auch sei die Tabaksfabrikatsteuer keineswegs so unpopulär, wie man hier behaupte. — Nachdem Abg. Beck (Centr.) gegen die Vorlage gesprochen hat, wird dieselbe der Steuerkommission überwiesen. Die Novelle zur Konkursordnung wurde einer besonderen Kommission überwiesen, da hierzu eine Anzahl von Anträgen aus dem Hause vorlag. — Morgen Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetze. Anträge betr. Abänderung des Wahlgesetzes.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht an der Spitze seines amtlichen Theiles folgenden Erlaß des Kaisers: „An den Reichskanzler. Beim Eintritt in ein neues Lebensjahr war es mir durch Gottes Gnade vergönnt, zugleich auf eine 25jährige Zugehörigkeit zur Armee zurückzublicken. Waren es auch ernste Gedanken, welche mir in Erinnerung an den weihevollen Tag meines Eintritts in die Armee die hehren Gestalten meines mir allzufrüh entrissenen Herrn Vaters und meines unvergeßlichen Herrn Großvaters besonders lebendig vor Augen führten, so wurde ich doch

Pfund's feinste Kindermilch (Kalkmilch) Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79. Trocken-fütterung.